

Institut für Strategieberatungen (ISA)

DEMOKRATIERADAR WELLE 1 (2024/2025)

Bürgerbeteiligung

Executive Summary

Katrin Praprotnik und Peter Filzmaier
unter Mitarbeit von Daniela Ingruber

Wien, im März 2025

1) Bilanz Österreich und österreichische Gesellschaft	3
2) Einstellungen zur Demokratie	6
3) Einstellungen zur Politik	9
4) Politische Involvierung.....	14

Das Institut für Strategieanalysen (ISA) hat im Auftrag des Landes Niederösterreich den **Demokratieradar | Welle 1** durchgeführt. Die Studie versteht sich als **Teil des Projektes Bürgerbeteiligung**.

Die Zielgruppe der Studie ist die **österreichische Wohnbevölkerung ab 16 Jahre**, wobei eine disproportionale Stichprobe zu Gunsten von Personen aus Niederösterreich gezogen wurde. Insgesamt wurden **2.107 Personen** (darunter 836 Personen aus Niederösterreich) entweder telefonisch oder mittels Online-Befragung interviewt. Die Feldarbeit wurde von Triple M Matzka Insights zwischen dem **18. Dezember 2024 und dem 12. Februar 2025** durchgeführt.

1) Bilanz Österreich und österreichische Gesellschaft

- Die **Menschen in Österreich sind mit der Entwicklung Österreichs unzufrieden**. 70 Prozent der Befragten geben an, dass sich das Land in den vergangenen zwölf *Monaten eher negativ* entwickelt hat. Demgegenüber stehen lediglich sieben Prozent, die eine zumindest *eher positive* Entwicklung wahrnehmen. 22 Prozent meinen, *es hat sich nichts verändert*.
- Insgesamt sind die Unterschiede nach soziodemographischen Gruppen hier gering und die hohen Werte der Unzufriedenheit zeigen sich in allen Gruppen. Besonders häufig als ***eher negativ*** wird die Entwicklung in der Generation 60 Jahre und älter sowie bei Menschen mit einem Lehr- oder Berufschulabschluss bewertet (jeweils 74 Prozent *eher negativ* im Vergleich zu 70 Prozent gesamt).
- Der **Ausblick in die Zukunft ist aber positiver**: Zwar meinen weiterhin 43 Prozent, dass auch die Zukunftsaussichten *eher negativ* sind, aber immerhin **21 Prozent erwarten sich eine eher positive Entwicklung**. Ein Drittel erwartet sich in Zukunft keine Veränderung.
- **Männer und Menschen, deren höchster formaler Bildungsabschluss die Pflichtschule ist**, bewerten den zu erwartenden Ausblick **häufiger als eher positiv**. Auch Personen, die nach eigenen Angaben meist genug Geld haben, sind ebenfalls messbar optimistischer. Junge

Menschen und Menschen in Ausbildung bewerten diesen hingegen häufiger als *eher negativ*.

- Die Steiermark und Wien fallen hierbei auf: Während **Menschen aus der Steiermark** die zu erwartende Entwicklung **messbar häufiger als *eher positiv*** einstufen (27 Prozent im Vergleich zu 21 Prozent gesamt), blicken die Menschen in Wien messbar häufiger *eher negativ* in die Zukunft (52 Prozent im Vergleich zu 43 Prozent gesamt). Generell bewerten Menschen, die am Land wohnen, die Zukunft häufiger eher positiv und Menschen, die in der Stadt wohnen, die Zukunft häufiger eher negativ.
- Es gibt **keine auffallenden Unterschiede** hinsichtlich der Bewertung der Entwicklung Österreichs in der Vergangenheit und dem Ausblick für das Land in der Zukunft zwischen der niederösterreichischen Wohnbevölkerung und der österreichischen Wohnbevölkerung insgesamt.
- Es besteht eine klar messbare **Sorge in der Bevölkerung, dass sich die Gesellschaft weiter auseinanderentwickelt**. Fast neun von zehn Befragten äußern diese. Konkret sind es 46 Prozent, die der Aussage „Ich mache mir Sorgen, dass sich die Gesellschaft in Österreich immer weiter auseinanderentwickelt.“ *sehr zustimmen*. Weitere 39 Prozent *stimmen eher zu*.
- Interessant ist, dass **dieses Gefühl die Bevölkerungsschichten** eint und hier kaum messbare Unterschiede zwischen beispielsweise den soziodemographischen Gruppen bestehen. In der Intensität der Zustimmung und damit der Sorge über das **Auseinanderdriften der Gesellschaft** fallen lediglich Menschen mit einem Pflichtschulabschluss auf, die der entsprechenden Aussage bereits zu 54 Prozent *sehr zustimmen* (im Vergleich zu 46 Prozent gesamt).
- Eine **Mehrheit stimmt der Aussage „Ich bin mit meiner wirtschaftlichen Situation sehr zufrieden.“ zu** (23 Prozent *stimme sehr zu*, 34 Prozent *stimme eher zu*). Das bedeutet im

Umkehrschluss, dass 25 Prozent bzw. 16 Prozent dieser Aussage *eher nicht* bzw. *gar nicht zustimmen* können.

- In der Unterscheidung nach soziodemographischen Gruppen zeigt sich deutlich, dass die **junge Generation bis 29 Jahren weniger, jene ab 60 Jahren hingegen häufiger sehr zufrieden mit dem eigenen finanziellen Einkommen** sind. Es sind 12 Prozent der jungen und 28 Prozent der älteren Menschen, die der Aussage über die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation *sehr zustimmen*.
- Es sind die Befragten aus Tirol, die sich häufiger als sehr zufrieden mit der eigenen wirtschaftlichen Situation zeigen. Befragte aus Wien sind hingegen deutlich weniger häufig sehr zufrieden. **Befragte aus Niederösterreich weichen hier, aber auch in ihrer Bewertung der aktuellen Situation Österreichs nicht messbar von allen Befragten ab.**
- Klar sichtbar wird auch in dieser Befragung der bekannte Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und wirtschaftlicher Zufriedenheit: Jene Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie sehr zufrieden sind, sind zu 45 Prozent auch mit dem eigenen wirtschaftlichen Einkommen sehr zufrieden. Dieser Zusammenhang trifft im Wesentlichen auch auf die positive Bewertung der vergangenen/künftigen Entwicklung Österreichs und einer höheren Einkommenszufriedenheit zu.
- Jeweils rund die **Hälfte der Befragten kann der Aussagen „Menschen wie ich haben es in Österreich zusehends schwerer.“ (*eher*) zustimmen** bzw. (*eher*) nicht zustimmen.
- Die größten Unterschiede findet man hier in der Gruppe jener, bei denen das Geld nach eigenen Angaben meist knapp ist und jenen, die mit dem Funktionieren der Demokratie nicht sehr zufrieden sind. In Zahlen bedeutet dies: **Jene Menschen, deren Geld meist knapp ist, stimmen zu 30 Prozent sehr und weiteren 39 Prozent eher zu, dass es Menschen wie sie in Österreich zusehends schwerer haben.** Jene Menschen, die das Funktionieren der Demokratie als sehr schlecht beurteilen, stimmen zu 44 Prozent *sehr*

bzw. 26 Prozent *eher zu*, dass es Menschen wie sie in Österreich zusehends schwerer haben.

- Mit Blick auf die Gruppierung nach dem formalen Bildungsgrad sind es vor allem Menschen mit einem Lehr- oder Berufsschulabschluss, die ihre Situation in der Österreich als zunehmend schwerer einstufen. Auf Menschen mit Pflichtschulabschluss oder einem Universitäts- bzw. FH-Abschluss trifft dies nicht zu.

2) Einstellungen zur Demokratie

- Einleitend wurden die Befragten um ihre **Einschätzung der Demokratie als Idealmodell**, unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung in Österreich, gebeten. Eine **breite Mehrheit kann der Aussage, dass die Demokratie zwar Probleme mit sich bringt, aber dennoch besser ist als jede andere Regierungsform, zustimmen**. Es sind 59 Prozent, die dieser Aussage *sehr zustimmen* und 30 Prozent, die dies *eher* tun. Demgegenüber stehen fünf Prozent, die dieser Aussage *eher nicht zustimmen* und drei Prozent, die dieser Aussage *gar nicht zustimmen*.
- Es besteht **ein klar messbarer Unterschied zwischen den Generationen hinsichtlich der Bewertung der Regierungsform Demokratie als Idealmodell**: Je älter die befragten Personen umso größer die Zustimmung zur Demokratie als Idealmodell. Der Aussage, dass die Demokratie trotz Schwächen als Idealmodell zu betrachten ist, stimmen Menschen bis 29 Jahre zu 46 Prozent *sehr zu*, bei Menschen im Alter von 30 und bis 44 Jahren liegt dieser Wert bei 52 Prozent, bei Menschen im Alter von 45 bis 59 Jahren bei 64 Prozent und bei Menschen im Alter von 60 Jahren oder älter bei 69 Prozent.
- Hinsichtlich des **formalen Bildungsgrades** sind es vor allem **Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss, die die Demokratie messbar häufiger als Idealmodell** sehen (73 Prozent *stimme sehr zu*, im Vergleich zu 59 Prozent gesamt). Jene Menschen, die über einen Lehr- oder Berufsschulabschluss verfügen, hingegen seltener.

- Menschen in Tirol beurteilen die Demokratie messbar häufiger als Idealmodell, Menschen aus Wien hingegen messbar seltener. Ebenso beurteilen Menschen, die nach eigenen Angaben immer gut mit ihrem Geld auskommen, die Demokratie häufiger als Idealmodell und Menschen, bei denen nach eigenen Angaben das Geld meist knapp ist, tun dies seltener.
- Zur **Messung eines etwaiges Demokratiedefizits** wurden die Menschen in Österreich in weiterer Folge gebeten einerseits einzustufen, wie relevant es ist, dass ein Land demokratisch regiert wird und andererseits, wie demokratisch in ihren Augen derzeit Österreich regiert wird. Während die **Relevanz einer Demokratie mehrheitlich als sehr hoch eingestuft** wird (64 Prozent vergeben die höchste Kategorie *sehr wichtig*), fallen die **Bewertungen der Demokratiequalität in Österreich deutlich verhaltener** aus. Hier vergeben lediglich zehn Prozent der Befragten die höchste Kategorie *vollkommen demokratisch*.
- Das **Demokratiedefizit** – der Unterschied in der Bewertung der Relevanz der Demokratie minus die Bewertung der Demokratiequalität in Österreich – liegt **im Schnitt bei 2,7 Punkten**. Dies entspricht auch dem Wert unter den Befragten in Niederösterreich.
- Zur Bewertung der Demokratiequalität in Österreich wurde auch eine zweite Maßzahl herangezogen und direkt nach einer **Bewertung auf einer vierstufigen Skala** gefragt. Es sind **13 Prozent der Befragten, die die Demokratiequalität in Österreich als sehr gut bewerten und 45 Prozent, die ihr ein eher gut** geben. Demgegenüber stehen 29 Prozent bzw. elf Prozent, die die Demokratiequalität als *eher* bzw. *sehr schlecht* einstufen.
- Anders als in der Frage nach der Demokratie als Idealmodell gibt es **in der Bewertung der Demokratie wie sie konkret in Österreich umgesetzt wurde, keine Unterschiede nach den Generationen**. Auch nach dem Geschlecht lassen sich keine Unterschiede in der Bewertung feststellen. Gemessen am Bildungsgrad zeigen sich erneut Mensch mit Universitäts- und FH-Abschluss und auch Menschen mit einem Pflichtschulabschluss zufriedener, jene mit

einem Lehr- oder Berufsschulabschluss unzufriedener. Personen, die über eine Matura verfügen, liegen in ihrer Bewertung der Demokratiezufriedenheit im Schnitt.

- Der bereits oben angeführte Zusammenhang zwischen einem ausreichenden Einkommen und einer hohen Demokratiezufriedenheit muss freilich auch an dieser Stelle erwähnt werden.
- Jene Personen, die angeben mit der Demokratie nicht *sehr zufrieden* zu sein, wurden in einer offen gestellten Frage nach den in ihren Augen **notwendigen Verbesserungsmöglichkeiten** befragt. Am häufigsten genannt werden ***Andere/bessere Parteien und PolitikerInnen*** (13 Prozent), ***Mehr Bürgernähe/Stärkere Berücksichtigung der Wünsche der Menschen*** und auch der Wunsch nach ***Mehr direkter Demokratie/Mitbestimmung, mehr Volksbefragungen und -abstimmungen*** (jeweils elf Prozent der Nennungen). In ähnlichem Ausmaß kommen Verweise darauf, dass es notwendig ist den ***Wählerwille/Wahlergebnisse zu respektieren, den Regierungsbildungsauftrag an die stimmenstärkste Partei zu vergeben*** sowie, dass es eine ***Bessere Zusammenarbeit der Parteien untereinander und innerhalb der Parteien braucht*** (zehn bzw. acht Prozent).
- Ein **relevanter Teil der Bevölkerung sieht die Demokratie in Österreich als nicht gefestigt gegenüber Krisen** an. Zwar ist es noch eine Mehrheit, die die Krisenfestigkeit mit *sehr* (zehn Prozent) oder *eher* (48 Prozent) gut bewertet, aber **29 Prozent meinen, die Demokratie in Österreich ist eher nicht vor Krisen sicher und zehn Prozent meinen, sie ist gar nicht sicher.**
- Das Muster, welches sich hinsichtlich des formalen Bildungsgrades und der Einstellungen zu Fragen der Demokratie bereits gezeigt hat, setzt sich auch hier fort: **Menschen mit einem Pflichtschulabschluss sowie Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss sehen die Situation positiver** und beurteilen die Krisenhaftigkeit häufiger als *sehr gefestigt*. **Jene mit einem Lehr- und Berufsabschluss** (und in dieser Frage auch mit einem Maturaabschluss) **beurteilen die Lage pessimistischer.**

- Der **Nationalstolz in Österreich ist gegeben**. Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern wurde die Frage gestellt, ob sie stolz auf das Heimatland sind. 43 Prozent der Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft geben an, dass sie *sehr stolz* sind. 37 Prozent, dass sie *eher stolz* sind. Demgegenüber stehen zehn bzw. vier Prozent mit rot-weiß-rotem Pass, die *eher nicht* bzw. *gar nicht stolz* sind.
- Österreichische **Männer geben messbar häufiger an sehr stolz auf Österreich zu sein**. Es sind 49 Prozent, die dies angeben. Bei den Frauen geben 38 Prozent an, **sehr stolz** darauf zu sein, Österreicherin zu sein.
- Vergleichsweise häufiger *sehr stolz* auf die eigene Nationalität sind zudem Menschen ab 60 Jahren (52 Prozent *sehr stolz*), Menschen mit Pflichtschulabschluss (62 Prozent), Menschen aus der Steiermark (53 Prozent). Auch auf dem Land ist der Nationalstolz stärker ausgeprägt (50 Prozent) und bei Menschen, die nach eigenen Angaben mit ihrem Einkommen gut auskommen.
- **Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher weichen** in ihrem Antwortverhalten **nicht systematisch von der Gesamtbevölkerung Österreichs ab**.

3) Einstellungen zur Politik

- Das **Interesse an der Innenpolitik ist insgesamt gegeben**. 37 Prozent der Befragten geben an, *sehr interessiert* zu sein und weitere 44 Prozent *eher interessiert* zu sein. Demgegenüber stehen aber 13 Prozent bzw. fünf Prozent, die angeben *eher nicht* bzw. *gar nicht* an der Politik in Österreich interessiert zu sein.
- **Soziodemographische Merkmale stehen in einem klaren Zusammenhang zum politischen Interesse**. Insbesondere **Männer** geben häufiger an, *sehr interessiert* an der Politik zu sein (45 Prozent im Vergleich zu 29 Prozent bei den Frauen). Insbesondere **Menschen über 60 Jahren** geben häufiger an, *sehr interessiert* an der Politik zu sein (49 Prozent im Vergleich

zu 21 Prozent bei den bis 29-Jährigen). Auch hinsichtlich des Bildungsgrades lassen sich Unterschiede erkennen, wobei hier insbesondere Menschen mit einem **Universitäts- oder FH-Abschluss** verstärkt angeben, *sehr interessiert* zu sein und Menschen mit einem Lehr- oder Berufsschulabschluss dies seltener tun (49 Prozent im Vergleich zu 31 Prozent).

- Auch das eigene finanzielle Auskommen und eine grundsätzlich positivere Einschätzung der Vergangenheit sowie der Zukunft Österreichs und auch dem Funktionieren der Demokratie stehen in einem Zusammenhang mit einem verstärkten politischen Interesse.
- Es fällt auf, dass **kaum jemand großes Vertrauen in die Politik** hat. Es sind lediglich sieben Prozent, die angeben, dieses zu haben. Immerhin 36 Prozent haben nach eigenen Angaben *etwas Vertrauen* in die Politik. Aber es sind 38 Prozent, die *wenig Vertrauen* haben und 19 Prozent, die *gar kein Vertrauen* in die Politik in Österreich haben. **Mehrheitlich haben die Menschen in Österreich damit kein Vertrauen gegenüber der Politik.**
- Ähnliche Gruppen, die ein geringeres Interesse an der Politik äußern, geben auch weniger häufig an, *großes Vertrauen* in diese zu haben. **Insgesamt ist der Unterschied zwischen den soziodemographischen Gruppen hier aber schwächer ausgeprägt.** Es sind Frauen, bis 29-Jährige sowie Menschen mit einem Lehr- oder Berufsschulabschluss, die weniger häufig *großes Vertrauen* in die Politik haben.
- In **Niederösterreich geben vier Prozent der Befragten an, großes Vertrauen in die Politik** zu haben. Dieser Wert weist bereits messbar nach unten ab. In Gesamtösterreich sind es sieben Prozent. Des Weiteren geben 36 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher an, *etwas Vertrauen* zu haben und 38 bzw. 19 Prozent geben an, *wenig* bzw. *gar kein Vertrauen* zu haben.
- **Die eigene wirtschaftliche Situation hängt klar messbar mit dem Vertrauen in die Politik zusammen.** Menschen, die nach eigenen Angaben meist genug Geld haben, haben zu zwölf bzw. 43 Prozent *großes* bzw. *etwas Vertrauen* in die Politik. Menschen, die meist nur knapp

mit ihrem Geld auskommen, geben zu drei bzw. 26 Prozent an *großes* bzw. *etwas Vertrauen* in die Politik zu haben.

- Fast niemand, der sich nicht für die Politik interessiert, gibt an, *großes Vertrauen* in die Politik zu haben. **54 Prozent der Befragten, die angeben sich gar nicht für Politik zu interessieren**, sagen auch, dass sie **gar kein Vertrauen** haben.
- Zusätzlich zu Vertrauen gegenüber der Politik allgemein wurde den Befragten auch eine spezifische Liste mit Akteure und Institutionen des politischen Systems vorgelegt und gebeten, das eigene Vertrauen gegenüber diesen anzugeben. **Das vergleichsweise höchste Vertrauen genießt die Wissenschaft:** Hier sind es 43 Prozent, die angeben *großes Vertrauen* zu haben und 38 Prozent, die angeben *etwas Vertrauen* zu haben. **Ähnlich hohe Vertrauenswerte hat die Polizei** mit 39 Prozent *großes* und 42 *etwas Vertrauen*. Ebenfalls in der Gruppe jener, die vergleichsweise hohes Vertrauen genießen sind das Bundesheer (32 Prozent *großes Vertrauen*, 41 Prozent *etwas Vertrauen*) und die Justiz & Gerichte (30 Prozent, 38 Prozent).
- Das Vertrauen der Bevölkerung in die Öffentliche Verwaltung (18 Prozent *großes Vertrauen*, 45 Prozent *etwas Vertrauen*), die Europäische Union (16 Prozent, 31 Prozent) und das Parlament (14 Prozent, 34 Prozent) sind bereits messbar geringer.
- **Mehrheitlich kein Vertrauen haben die Befragten in Medien** (32 Prozent *wenig Vertrauen*, 23 Prozent *gar kein Vertrauen*), die **Bundesregierung** (34 Prozent, 26 Prozent), die **sozialen Medien** (38 Prozent, 37 Prozent) und die **politischen Parteien** (45 Prozent, 25 Prozent).
- **Männer und Frauen unterscheiden sich in wenigen Punkten** hinsichtlich ihrem Vertrauen. Interessant sind die Unterschiede in Bezug auf die **Wissenschaft (Männer 47 Prozent *großes Vertrauen* im Vergleich zu 39 Prozent bei den Frauen)** und der **Öffentlichen Verwaltung (Männer 21 Prozent im Vergleich zu 18 Prozent bei den Frauen)**.

- Es fällt auf, dass es im **Vertrauen in die sozialen Medien keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Altersgruppen** gibt. Die junge Generation bis 29 Jahre schenkt der von ihnen intensiv genutzten Nachrichtenquelle nicht mehr Vertrauen als die älteren Generationen. Bis 29-Jährige äußern aber im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weniger oft, *großes Vertrauen* gegenüber den klassischen Medien wie Zeitungen, TV oder Radio zu haben (sieben Prozent *großes Vertrauen* im Vergleich zu zehn Prozent gesamt).
- Die vergleichsweise **hohen Vertrauenswerte bei Polizei und Bundesheer werden von der älteren Generation** getrieben. Die Generation bis 29 Jahre gibt den beiden Akteuren deutlich weniger häufig ein sehr *großes Vertrauen* (25 Prozent *großes Vertrauen* gegenüber der Polizei im Vergleich zu 47 Prozent bei den Personen im Alter von 60 Jahren oder älter sowie 22 Prozent *großes Vertrauen* gegenüber dem Bundesheer im Vergleich zu 39 Prozent bei den Personen im Alter von 60 Jahren oder älter).
- **Personen mit einem Lehr- oder Berufsschulabschluss** geben in Bezug auf mehrere Institutionen und Akteure aus der Liste **weniger häufig an, *großes Vertrauen zu haben*** (klassische Medien, EU, Bundesregierung, Parlament, Öffentliche Verwaltung, Justiz, Wissenschaft).
- Be den Vertrauenswerten gegenüber den gelisteten spezifischen Akteuren und Institutionen entsprechen die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher in ihrem Antwortverhalten dem Gesamtbild.
- Die Befragten Personen ordnen den Parlamentsparteien auf einer allgemeinen Links-Rechts-Skala von 0 bis 10 im Schnitt gereiht nach der Stimmenstärke die Werte 8 für die FPÖ, 6 für die ÖVP, 3 für die SPÖ, 4 für die NEOS und 2 für die GRÜNEN zu. Es sind bis zu zehn Prozent der Befragten, die keine Parteipositionierung abgeben wollen. Die Einschätzungen der Befragten aus Niederösterreich sind hier identisch.

- Die Bevölkerung ist sich uneins darüber, ob es eine Reform des politischen Systems in Österreich braucht. Dieser Befund bedeutet aber auch, dass **54 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass das heimische System grundlegend umgebaut werden muss.**
- Frauen, Personen mit einem Lehr- oder Berufsschulabschluss, (Fach-)ArbeiterInnen sowie Menschen, bei denen nach eigenen Angaben das Geld meist knapp ist, sehen öfters einen Umbaubedarf des politischen Systems.
- Auf die Frage nach den **Akteuren, die hauptsächlich die politischen Entscheidungen** in einem Staat wie Österreich treffen sollen, antworten die Befragten mit einer **mehrheitlichen Zustimmung für die Parteien und auch für direktdemokratische Instrumente.** Im Detail sind es 27 Prozent bzw. 45 Prozent, die meinen vom Volk gewählte Politikerinnen und Politiker sollten hauptsächlich politische Entscheidungen treffen. In einem ähnlichen Ausmaß sagen 26 Prozent bzw. 36 Prozent, dass das Volk direkt in erster Linie politische Entscheidungen treffen sollte.
- Die **Befürwortung von Parteien als hauptsächlichliche Entscheidungsträger** findet sich insbesondere bei den **Männern, Personen mit Pflichtschul- und auch Universitäts-/FH-Abschlüssen, Selbstständigen** sowie **Personen aus Salzburg.**
- Die **Befürwortung direktdemokratischer Entscheidungen** findet sich quer durch die **soziodemographischen Gruppen** wieder. Personen mit formal höheren Bildungsgraden (Maturaniveau und höher) sind häufiger der Meinung, dass sich direktdemokratische Instrumente nicht eignen um hauptsächlich die politischen Geschicke des Landes zu leiten.
- Mehrheitliche Ablehnung finden die Vorschläge, dass politische Entscheidungen hauptsächlich von Expertinnen und Experten bzw. von einer Person an der Spitze des Staates jeweils ohne Rücksicht auf Wahlen oder das Parlament getroffen werden sollen. Trotz dem Hinweis, dass diese Akteure jeweils ohne demokratische Legitimation handeln, sind es **16 Prozent, die meinen, Expertinnen und Experten sollten hauptsächlich politische**

Entscheidungen treffen und zwei Prozent, die dies hinsichtlich einer Person an der Spitze meinen.

- **Personen, die nach eigenen Angaben meist genug Geld haben**, sagen zu 23 Prozent aus, dass sich **Expertinnen und Experten *sehr eignen*** um hauptsächlich die politischen Entscheidungen in Österreich zu treffen.
- Die Aussage nach der Eignung einer Person an der Spitze, die alleine und ohne Rücksicht auf Wahlen oder das Parlament entscheiden kann, verdient nochmals gesonderte Aufmerksamkeit: Zusätzlich zu den **zwei Prozent, die meinen ein Diktator bzw. eine Diktatorin *eignet sich sehr***, hauptsächlich für die Entscheidungen in Österreich verantwortlich zu sein, sind es **weitere sieben Prozent, die meinen, eine solche Person eignet sich *eher schon***.
- Es fällt zudem auf, dass **Personen bis 29 Jahre zu vier Prozent eine alleine herrschende Person für *sehr geeignet* und weitere zwölf Prozent für *eher schon geeignet*** einstufen.
- Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher entsprechen hier dem Gesamtbild Österreich.

4) Politische Involvierung

- Nach **eigenen Angaben informieren sich die Menschen in Österreich sehr häufig über das innenpolitische Geschehen** in Österreich. 37 Prozent informieren sich *mehrmals täglich* und weitere 31 Prozent *täglich*. Hinzu kommen 17 Prozent, die das innenpolitische Geschehen *mehrmals pro Woche* verfolgen. Lediglich *einmal pro Woche* informieren sich sechs Prozent der Befragten und **bei fünf bzw. drei Prozent ist es *seltener als wöchentlich bzw. praktisch nie***.
- Die Gruppe jener, die besonders häufig angeben, sich *mehrmals täglich* über das innenpolitische Geschehen zu informieren sind die Menschen im Alter von 60 Jahren oder

mehr, Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss, in Pension befindliche Personen sowie Selbstständige.

- Wenig überraschend hängen ein politisches Interesse und das Informationsverhalten über die Innenpolitik positiv zusammen.
- **Junge Menschen bis 29 Jahre** geben nur zu **15 Prozent an, sich *mehrmals täglich* über Politik zu informieren** (im Vergleich zu 37 Prozent gesamt).
- Auch bestätigt sich an dieser Stelle der immer wieder aufgezeigte Zusammenhang zwischen einer positiven Einstellung zur Demokratie und Merkmalen wie eben ein intensiveres Informationsverhalten. Anders ausgedrückt **mit der Demokratie zufriedene Personen sind auch mit der Politik enger verbundene Menschen.**
- Interessant ist, dass rund die **Hälfte der Befragten angeben, einer politischen Partei nahe zu stehen**. Der Wert steigt nochmals an, wenn unter all jenen, die zunächst angeben, keiner Partei nahe zu stehen, nochmals nachgefragt wird (67 Prozent).
- Es besteht ein klarer **Zusammenhang zwischen Nähe zu einer Partei und dem Alter** der Befragten. Bereits ohne weitere Nachfrage antworten 60 Prozent der Befragten im Alter von 60 Jahren oder älter, dass sie einer Partei nahe stehen. Bei den unter 30-Jährigen tun dies nur 35 Prozent.
- In der **Gruppe jener Personen, die einer Partei nahe stehen**, sagen **28 Prozent, dass sie der FPÖ nahe stehen, 23 Prozent der SPÖ, 17 Prozent der ÖVP, elf Prozent den GRÜNEN und sieben Prozent den NEOS**. Elf Prozent wollen bei dieser Frage keine Angabe machen.
- Deutlich messbar stärker ist der **Zuspruch für die FPÖ in der Gruppe jener mit Lehr- und Berufsschulabschluss, bei jenen, bei denen das Geld meist knapp ist und bei Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind**. Hier geben 77 Prozent der

Personen, die einer Partei nahe stehen und die Demokratiequalität als sehr schlecht einstufen an, der FPÖ nahe zu stehen.

- In Niederösterreich entsprechend diese Werte mit Ausnahme jenem für die ÖVP dem Gesamtbild. 23 Prozent der in Niederösterreich einer Partei nahestehenden Personen geben an, dass die ÖVP ihre Partei ist. In der Steiermark sind die Werte für die FPÖ besser (39 Prozent), in Wien für die SPÖ (33 Prozent).
- Jene **Menschen, die angeben einer Partei nahe zu stehen, tun dies im mittleren Ausmaß. 57 Prozent** geben an, ihrer **Partei ziemlich nahe** zu stehen. Demgegenüber sind es 17 Prozent, die ihrer Partei *sehr nahe* stehen und 25 Prozent, die ihr *nicht sehr nahe* stehen.
- **Geringer zeigt sich die Bindung anhand der Antworten auf die Frage, wie häufig von der eigenen Partei als „wir“ gesprochen wird anstelle des neutralen Ausdrucks „die“.** Nur sieben Prozent sagen *praktisch immer* „wir“ und weitere 17 Prozent tun dies *häufig*. Bei 25 Prozent jener, die einer Partei nahe stehen, passiert dies *selten* und bei 48 Prozent *praktisch nie*.
- Es entstehen hier **keine systematischen Unterschiede zwischen den soziodemographischen Gruppen in der Intensität des Naheverhältnisses** zur eigenen Partei.
- Den Abschluss der Befragung bildete eine Frageserie zum **politischen Effektivitätsgefühl**. Dabei kann zwischen einem **internen politischen Effektivitätsgefühl und damit der Selbsteinschätzung der eigenen politischen Kompetenz** und einem **externen politischen Effektivitätsgefühl und damit der Selbsteinschätzung der eigenen Wirksamkeit** unterschieden werden.
- Als Teil des internen Effektivitätsgefühls bekamen die Befragten die Aussage vorgelegt **„Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.“** **30 Prozent** stimmen der Aussage *sehr zu* und weitere **36 Prozent** stimmen der Aussage *eher*

zu. Demgegenüber stehen 19 Prozent, die dieser Aussage *eher nicht* bzw. elf Prozent, die ihr *gar nicht zustimmen*.

- Männer stimmen der Aussage, dass sie es sich zutrauen, sich an politischen Gesprächen zu beteiligen, messbar häufiger *sehr zu*. 39 Prozent der Männer, aber nur 23 Prozent der Frauen stimmen der Aussage *sehr zu*.
- Die zweite Aussage, die auf das interne Effektivitätsgefühl abzielt, lautet „**Politik ist manchmal so kompliziert, dass Leute wie ich kaum noch verstehen, was passiert.**“ Hier sind es **14 Prozent die *sehr*** und weitere **29 Prozent, die *eher zustimmen***. Demgegenüber stehen 31 Prozent, die dieser Aussage *eher nicht* und bzw. 22 Prozent, die ihr *gar nicht zustimmen*.
- Auch beim zweiten Teil des internen Effektivitätsgefühls zeigt sich ein Unterschied zwischen Männern und Frauen. Es stimmen 17 Prozent der befragten Frauen der Aussage *sehr zu*, dass Politik manchmal zu kompliziert ist, aber vergleichsweise nur elf Prozent der Männer. Diese **Unterschiede im Geschlecht ergeben sich nur hinsichtlich des internen Effektivitätsgefühls und damit der Selbsteinschätzung und nicht hinsichtlich der folgenden beiden Fragen zum externen Effektivitätsgefühl und damit der Bewertung der Politik.**
- Menschen mit formal niedrigerer Ausbildung, tendenziell Menschen die sich generell noch in Ausbildung befinden sowie (Fach-)ArbeiterInnen weisen ein niedrigeres internes Effektivitätsgefühl auf. Auch bei einem niedrigen Interesse wird die Politik besonders häufig als sehr kompliziert empfunden bzw. traut man sich weniger sich zu beteiligen.
- Als Teil des externen Effektivitätsgefühls wurde zunächst die folgende Aussage vorgelegt: „**Menschen wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.**“ Hier sind es **27 Prozent, die *sehr zustimmen*** und weitere **34 Prozent, die *eher zustimmen***. Demgegenüber stehen 23 Prozent, die *eher nicht zustimmen* und zwölf Prozent, die *gar nicht zustimmen*

- Insbesondere **Personen, deren Geld nach eigenen Angaben meist knapp ist**, stimmen der Aussage, dass sie **keinen Einfluss auf Regierungshandeln haben** sehr zu (38 Prozent *stimme sehr* zu im Vergleich zu 27 Prozent gesamt). Bei Personen, die meinen, die Demokratie funktioniert sehr schlecht, sind es sogar 53 Prozent.
- Die zweite Aussage, die auf das externe Effektivitätsgefühl abzielt, beinhaltet „**Die Politikerinnen und Politiker kümmern sich nicht darum, was Menschen wie ich denken.**“ Es sind **29 Prozent, die dieser Aussage sehr zustimmen** können und **38 Prozent, die ihr eher zustimmen** können. Mit dieser Aussage konfrontiert sagen hingegen 21 Prozent, dass sie *eher nicht zustimmen* und acht Prozent, dass sie *gar nicht zustimmen*.
- Auch hier sind es wiederum verstärkt **Personen, die mit dem eigenen Geld meist nur knapp auskommen** und die mit dem **Funktionieren der Demokratie in Österreich unzufrieden sind**, die meinen, die **Politik kümmert sich nicht** darum, was die Menschen denken.
- Besonders Personen mit einem Lehr- oder Berufsschulabschluss sowie Personen, die als (Fach-)ArbeiterInnen tätig sind, weisen ein geringes externes Effektivitätsgefühl auf.